

19. Wahlperiode

## **Antrag**

der AfD-Fraktion

### **Verkehr in Berlin intelligent gestalten – nicht verhindern!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, seine Verkehrspolitik zukünftig an den Interessen, Bedürfnissen und Erfordernissen einer modernen Millionenmetropole und ihrer Bürger und Gäste auszurichten, in dem folgende Maßnahmen kurz- und mittelfristig umgesetzt werden:

Das Berliner Mobilitätsgesetz ist einer kritischen Überprüfung zu unterziehen und durch den Senat zügig um Vorschläge zur Berücksichtigung des individuellen Fahrzeugverkehrs, des Wirtschaftsverkehrs und der intelligenten Einbindung von Mietwagen, Taxis und der Pendlerverkehre zu ergänzen.

Das Radwegenetz in der Stadt muss klar strukturiert, gut vernetzt, in baulich gutem Zustand und sicher benutzbar ge- und erhalten werden. Die Grundfunktionen des Radwegenetzes müssen gesichert sein, bevor Netzerweiterungen oder Radschnellwegeverbindungen neu und zusätzlich projektiert und realisiert werden.

Der Ausbau des U- und S-Bahnnetzes muss endlich engagiert angegangen werden, und darf nicht in Machbarkeitsstudien oder anderen Voruntersuchungen steckenbleiben. Der Senat muss gleichermaßen im Bestand die Qualität und Zuverlässigkeit gewährleisten und den Ausbau des Netzes zügig und im Verbund voranbringen. Der Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs muss stets auf eigenem Gleiskörper erfolgen. Der Straßenbahnausbau darf nur bedarfsgerecht dort stattfinden wo ein behinderungsfreier Verkehr im eigenen Gleisbett möglich ist.

Eine Qualitätsoffensive soll die BVG und die S-Bahn für jedermann wieder zu einem Nahverkehrsmittel machen das jedermann gerne nutzt, weil dort sauberer, sicherer und zuverlässiger Transport mit dichter Taktfolge den Regelfall und nicht die Ausnahme bildet.

Die Berliner Innenstadt muss wirksam von überörtlichem Verkehr entlastet werden durch die Vervollständigung des Stadtrings, eine Überdeckelung und Untertunnelung von Verkehrsstrassen in den dicht besiedelten Stadträumen, die Verwirklichung von TVO und TVN sowie der Verflüssigung des Verkehrs auf Hauptverkehrsadern, mittels grüner Welle und

intelligenter Verkehrssteuerung und Verkehrsführung, die Staus vermeidet und Unfallschwerpunkte entschärft.

Der ruhende Verkehr muss ausreichend Platz vorfinden, in verdichteten Räumen ebenso verdichtet in Quartiersgaragen, Parkhäusern und unter der Erde. Hierzu ist vom Senat eine Bestandsaufnahme sämtlicher öffentlicher Stellplätze vorzulegen, deren Anzahl nur reduziert werden darf wenn im Gegenzug gleichwertige Parkmöglichkeiten in Quartiersgaragen oder Parkhäusern zur Verfügung gestellt werden. Ein ersatzloser Abbau von Stellplätzen darf insbesondere innerhalb des S-Bahnringes nicht erfolgen. Ohne ein jeweiliges kiezbezogenes Stellplatzkonzept dürfen Parkgebühren für Anwohner und Gäste nicht erhöht werden. Stellplatzsuchverkehr ist überflüssiger Verkehr und sollte vermieden werden.

Der Berliner Wirtschaftsverkehr muss entzerrt und behinderungsfrei geführt werden. Dazu sind intelligente Logistikkonzepte fortzuentwickeln, bei der Schwerverkehr bereits vor den Toren der inneren Stadt in entsprechenden Güterverkehrszentren oder Großmärkten aufgeteilt und in stadtverträgliche Transportsysteme umgeladen werden kann.

Die Feinverteilung von Waren soll über flexible Systeme und so genannte Mikrohub, die allen Anbietern gleichermaßen offenstehen, verbrauchernah organisiert werden, ohne Monopole oder Oligopole („amazon“, DHL usw.) zu bevorteilen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis 30. Juni 2023 Bericht zu erstatten.

### ***Begründung***

Der Verkehr in Berlin ist, trotz vollmundiger Bekenntnisse des Senats zu einer angeblich für alle nur vorteilhaften „Mobilitätswende“, keinesfalls das was man sich in einer modernen Millionenmetropole als erstrebenswert vorstellt. Angefangen bei stauträchtigen Dauerbaustellen, auf denen kaum ersichtlich ist was da nun gerade gebaut oder verbessert wird, über Behinderungen und Einschränkungen im öffentlichen Personennahverkehr, dessen Schmuddelimage in Berlin seitens der BVG-Kampagne schon fast zum Kult verklärt wird, zieht es sich wie ein roter Faden durch die Stadt: Dieser Senat verzettelt sich in Klein-Klein, sieht sein Glück vor allem in undurchsichtigen Gesetzeswerken wie dem „Mobilitätsgesetz“, das keinerlei praktische Verbesserung im Stadtverkehr bewirkt, ordnet rechtswidrig Straßensperrungen, Busspuren und Zusatzradwege an, die dann von den Gerichten wieder kassiert werden. Falsche Verkehrspolitik schädigt Gewerbetreibende, beispielsweise in der Friedrichstraße, durch absurde und rechtswidrige Verkehrsversuche. Der Senat eröffnet nach 5 Jahren eine einzige ergänzte Straßenbahnstrecke, bekommt den U-Bahnausbau seit Jahren nicht auf die Reihe, fehlende Anbindung des BER an die U7, Netzerweiterungen der U-Bahn innerstädtisch, Taktverdichtungen bleiben aus mangels Technik und Fahrzeugen. Der Senat steckt beim S-Bahnausbau in der Planungsphase fest, und selbst bei Straßenbauprojekten wie der TVO, zu der der Senat sich verbal bekennt, geht es einfach nicht zügig genug voran. Den Weiterbau der A100 zum Stadtring will der Senat mittlerweile verhindern, ohne zu erläutern wo innerörtlicher Verkehr denn ansonsten abfließen soll.

Hier sind mutige und beherzte Schritte erforderlich, um Stillstand und Blockaden in der Verkehrspolitik endlich zu überwinden, aus Ankündigungen Realität werden zu lassen, und die leider oft sehr einseitige linksrotgrüne Verkehrs-„wende“-Politik wieder zu einer Verkehrspolitik für alle Berliner, für die ganze Stadt, für ihre Bürger und Gäste zu machen.

Der Antrag soll den Rahmen setzen damit es in Berlin in Sachen Verkehrspolitik wieder voran geht, und nicht alles im Chaos und Nichtstun oder gar in unverantwortlicher Blockadepolitik versackt.

Berlin ist nicht Bullerbü, und Berlin besteht nicht ausschließlich aus einem Gebiet innerhalb des S-Bahnringes. Berlin muss die gesamte Stadt und die Umlandverflechtungen betrachten und eine Verkehrspolitik für den gesamten Metropolitanraum aktiv und positiv gestalten.

Berlin, den 7. Dezember 2022

Dr. Brinker Laatsch  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion